



Hans Peter Graß (rechts) im Gespräch mit Heinz Schaden (mitte) und Josef P. Mautner (links).

„Das ist Salzburg seinem Ruf schuldig.“

Das Gespräch führte Hans Peter Graß.

Kranich: Wenn wir von Menschenrechten reden, dann reden wir in den meisten Fällen von weltpolitischen Ereignissen. Was haben Menschenrechte mit Kommunalpolitik im weitesten Sinne zu tun?

Schaden: Natürlich übersetzt sich die Erklärung der Menschenrechte nicht eins zu eins in die Kommunalpolitik, aber es gibt einfach immer wieder Punkte von mehr als symbolischer Art, wo Menschenrechte grundsätzlich auch in der Kommunalpolitik gefragt sind. Ich bleibe jetzt bei ein paar Beispielen, die in der Stadt Salzburg bereits vor der Unterzeichnung der europäischen Charta gesetzt wurden. Zum Beispiel wurde schon 2000 die Gleichbehandlung von Hetero- und Homosexuellen in den Bereichen Pflegefreistellung sowie Wohnungsvergabe umgesetzt. Ich denke, wir haben eine prinzipielle Bereitschaft zu strukturellen Veränderungen bekundet, obwohl wir ja natürlich jetzt – ohne dass wir alle Probleme lösen können – auch nicht genau wissen, wo es unter Umstän-

den im Zusammenhang mit der Charta Verbesserungspotenziale gibt.

Kranich: Was war der Beweggrund für die „Plattform für Menschenrechte“ den Beitritt der Stadt Salzburg zu dieser Charta zu forcieren?

Mautner: Diese Frage hat auch mit der Geschichte der Plattform zu tun, die ja mittlerweile seit fast zehn Jahren existiert. Wir können im Bereich der Menschenrechtssituation in Salzburg auf einen relativ langen Erfahrungshintergrund zurückblicken, weil wir seit 2001 das Monitoring-Projekt in Salzburg durchführen. Das Monitoring zeigt uns, dass in bestimmten Bereichen Menschenrechte verletzt werden und dass bestimmte Personengruppen an ihrem Zugang zu Grundrechten gehindert werden: Das wäre einerseits der Bereich Fremdenrecht und Asylpolitik, andererseits der Bereich Integration und Migration. Zudem sind es vor allem die verletzlichsten Personengruppen, die „most vulnerable persons“ die im Blickpunkt der kommunalen Men-

schenrechtsarbeit stehen. In der Stadt Salzburg wurde für die Gruppe der Migrantinnen und Migranten im Grunde schon eine der Forderungen der Charta erfüllt: der Zugang zu kommunalem Wohnraum für Drittstaatsangehörige.

Kranich: Warum hat sich die Stadt Salzburg dazu entschlossen, zusätzlich zum bereits Erreichten der Charta beizutreten. Was versprechen Sie sich davon, Herr Schaden?

Schaden: Ich denke, wir können stolz darauf sein, international als Kulturstadt angesehen zu werden. Diesem Ruf sind wir auch etwas schuldig. Der Ruf setzt die Standards, die wir an uns selbst stellen, noch etwas höher. Das war auch ein Grund, dass es seit 1992 in der Stadt Salzburg die angesprochenen Wohnungsvergaberichtlinien gibt. Sogar in Zeiten einer Ressortführerschaft des Wohnungsamtes in der Hand der FPÖ ist dieses Paket nicht mehr aufgeschürt worden. Auch wenn ich glaube, dass sich ein gewisser